



# GRÜNSCHNABEL

ZEITUNG DER UNABHÄNGIGEN WÄHLERVEREINIGUNG  
"GRÜNE LISTE BÜTTELBORN" NR. 1/DEZEMBER 1981

## Liebe Leser,

Sie halten den „Grünschnabel“ in Ihren Händen. Mit dieser Zeitung wollen wir von unserer Arbeit berichten und Ihnen die Gelegenheit geben, unsere politischen Standpunkte besser kennenzulernen. Gleichzeitig möchten wir mit unserer Zeitung zur Meinungsbildung beitragen. Hierzu wünschen wir uns, daß auch Sie uns Ihre Meinung sagen, z.B. über alle in unserer Gemeinde anfallenden Angelegenheiten oder auch über diese Zeitung. Rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns. Sie können sicher sein, daß wir uns über jede Meinungsäußerung freuen!

hrh

## STREIFLICHTER AUS DER GEMEINDEVERTRETUNG

Die Gemeindevertretung Büttelborn hat in ihrer letzten Sitzung den Standortvorschlag der Riedwerke für eine Mülldeponie auf dem Gelände der ehemals geplanten Trabrennbahn einstimmig abgelehnt. Die GLB bekräftigte dabei erneut ihren Standpunkt, daß sie, bevor nicht ein besseres Müllbeseitigungskonzept (Wiederverwendung, Verringerung des anfallenden Mülls, Trennung nach verschiedenen Müllarten) in die Tat umgesetzt sei, einer Mülldeponie herkömmlicher Art an keinem Ort zustimmen könne.

Der Antrag der GLB-Fraktion auf Erstellung eines Klärschlammverzeichnisses wurde einstimmig in die zuständigen Ausschüsse verwiesen. Durch dieses Kataster soll verhindert werden, daß der als "stark belastet" eingestufte Schlamm der Kläranlagen in zu großer Konzentration auf die Felder gebracht wird. Einer Verseuchung von Feldfrüchten soll dadurch vorgebeugt werden.

Auf unsere Initiative hin, stimmte die Gemeindevertretung mit den Stimmen der GLB und Teilen der SPD einer Resolution zu, in der ein Baustopp für die Startbahn West bis zum Abschluß des Volksbegehrens/Volksentscheids gefordert wird. Die Gemeindevertretung Büttelborn ruft die Bürger auf, weiterhin aktiv gewaltfreien Widerstand zu leisten.

fe

## Ein Jahr GLB

Die unabhängige Wählervereinigung GRÜNE LISTE BÜTTELBORN besteht nun seit einem Jahr. Es ist viel geschehen in dieser Zeit - zu viel.

Angetreten mit dem Ziel, den Bürgern unserer Gemeinde eine vernünftige Alternative zum bestehenden Parteien-einerlei zu geben, konnten wir bei der Kommunalwahl im Frühjahr einen überwältigenden Erfolg erzielen.

Die politischen Gegner werfen der grünen Bewegung immer wieder vor, eine "Ein-Punkt-Partei" zu sein. Diese Leute müssen sich fragen lassen, was Politik überhaupt noch bedeuten kann, wenn die Lebensgrundlagen der Menschen zerstört sind. Sollte man nicht denen, die den Umweltschutz nicht als vorrangig betrachten, entgegenhalten, daß sie damit die fundamentale Frage des Fortbestehens der Menschheit vernachlässigen?

Aus der Erkenntnis, daß nur eine strikte Abkehr von der derzeitigen Wachstumsphilosophie und eine Hinwendung zur Erhaltung des ökologischen Gleichgewichtes diese Erde unseren Kindern erhalten kann, begründen sich das Selbstverständnis und die Politik der grünen Bewegung.

Der Bevölkerung Südhessens, ja der gesamten Bundesrepublik, wird zur Zeit drastisch vor Augen geführt, wohin es kommen muß, wenn wachstumspolitische Scheinargumente wichtiger sind als der Erhalt des Lebensraumes von Millionen Menschen; wenn politische Engstirnigkeit, gepaart mit Größenwahn den Glauben der Menschen in die Demokratie zerstören.

**"Herr Börner läßt lieber seine Partei zerbrechen, als daß er nachgäbe".** (Horst Stern)

Was soll man davon halten, daß die Abgeordneten unseres Wahlkreises Lang (SPD) und Sturmowski (CDU) Herrn Börners Regierungserklärung gegen unser Volksbegehren unterstützt haben?

Was soll man von den Parteien halten, die diese Leute wieder in den hessischen Landtag schicken wollen?

Wer vertritt denn die Interessen der Bevölkerung Südhessens?

Wen kann es denn noch wundern, daß sich Tausende von Bürgern bei Großdemonstrationen in den Gemeinden und Städten und vor allem im Wald gegen die "Arroganz der Macht" wenden?

Sorgen wir dafür, daß die Quittung im nächsten Herbst so deftig ausfällt, daß es ein Ende haben muß mit dem Marsch in die umweltpolitische und demokratische Katastrophe.

Es gibt viel zu tun für die GLB; auch im zweiten Jahr.

Wir werden's anpacken!

fe

# Mülldeponie? - Falsch angepackt!

Im Herbst 1981 wurden die Fraktionen der Gemeindevertretung Büttelborn erstmals mit dem Problem konfrontiert, daß daran gedacht sei, im Bereich der geplanten Trabrennbahn die erforderliche neue Mülldeponie des Kreises zu installieren. Mit Begleitschreiben vom 27.10.81 erhielten die Gemeindevertreter erstmals Unterlagen über den geplanten Standort.

Soweit in der Kürze der Zeit eine Überprüfung der Unterlagen im Hinblick auf die Aussage des Landkreises und der Riedwerke, von allen möglichen Standorten sei der in Büttelborn der günstigste, möglich war, hat die GLB die Überzeugung gewonnen, daß dem Ansinnen des Landkreises keine Rechnung getragen werden kann. Zwar sind wir der Meinung, daß die Errichtung einer neuen Deponie unumgänglich ist. Die übermittelten Unterlagen sind jedoch derart unzureichend, daß eine Standortwahl hieraus unmöglich ist.

Nach unserer Auffassung reicht es nämlich nicht aus, daß nach ökonomischen Gesichtspunkten unter Abwägung der kostengünstigsten Anfahrtswege ein Standort gewählt wird oder daß sich die Auswahlkriterien einzig an Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten orientieren. Vielmehr ist es notwendig, die Grundlagen der Abfallbeseitigung neu zu überdenken. In der heutigen Zeit, in der das Gebot zufolge immer mehr verknappender Rohstoffe etc. nicht mehr Abfallbeseitigung sondern Abfallwirtschaft heißen muß, können Vorschläge nicht mehr hingenommen werden, die nach althergebrachtem Muster darauf abzielen, Abfall einfach so in der Landschaft aufzuhäufen, um ihn für nachfolgende Generationen mit allen Risiken zu konservieren.

Die Kritik an den zur Diskussion gestellten Unterlagen muß an diesen Mängeln ansetzen. So fehlen Vorschläge darüber, wie für die Zukunft die Reduzierung der entstehenden Abfallmenge stattfinden soll. Von Möglich-

keiten getrennter Einsammlung besonders gefährlichen und umweltbeeinträchtigenden Abfalls ist beispielsweise nicht die Rede. Darüber, wie sich der Landkreis und die Riedwerke die Wiedergewinnung der Abfälle vorstellen, die in den Wirtschaftskreislauf wieder eingebracht werden können, schweigt sich das vorgelegte Papier völlig aus. Vor diesem Hintergrund eine Standorterörterung für eine Mülldeponie zu führen, ist absurd. Hier werden die Probleme in der falschen Reihenfolge angepackt. Man kann erst dann an eine Standortdiskussion gehen, wenn feststeht in welchem Umfang nach möglichen Recycling- und sonstigen Abfallwirtschaftlichen Verfahren überhaupt noch Müll anfällt, der deponiert werden muß. Dann nämlich erst steht die Art des zu deponierenden Abfalls fest.

Ein weiterer Mangel der unterbreiteten Vorlage kann nicht übersehen werden. An keiner Stelle spricht das Papier davon, wie Umweltbeeinträchtigungen entgegengewirkt werden soll. Der Standort der gegenwärtig noch beschickten Deponie in Mörfelden zementiert die Bedenken. Man hat in Mörfelden festgestellt, daß Methanogas zu einer erheblichen Gefährdung nahegelegener Häuser wird und daß im näheren Umfeld der Deponie anstelle normalen Grundwassers nur stinkende braune Brühe zutage tritt. Eigentlich hätte man davon ausgehen müssen, daß die dort gemachten Erfahrungen ausgewertet und Abhilfe- oder Abwendungsvorschläge in die Diskussion eingebracht worden wären. Nichts davon kann festgestellt werden. Mit keinem Wort wird auf die zu erwartenden Umweltbeeinträchtigungen eingegangen. An keiner Stelle ist die Rede davon, wie ihnen begegnet werden soll.

Vor diesem Hintergrund sehen wir uns außer Stande auch nur näher in die Standorterörterung einzutreten. Mit dieser dürftigen Vorlage ist ein Standort Büttelborn und ist jeder weitere in die Diskussion eingebrachte Standort für eine Mülldeponie abzulehnen. ap

## Wiederverwertung: Müll ist mehr als nur Abfall

In der Bundesrepublik Deutschland rechnet man jährlich mit 255 Millionen t Abfall (hinzukommen ca. 260 Millionen t landwirtschaftliche Abfälle).

Es wird mit einem Zuwachs des Mülls von 3 - 4 % pro Jahr gerechnet. Untersucht man die Zusammensetzung der Abfälle aus städtischen Haushalten, so fällt der hohe Anteil von Verpackungsmaterial auf (z.B. Stuttgart 1980 ca. 39 %).

Die Mülllawine wird in der Bundesrepublik hauptsächlich durch Ablagerung beseitigt.

Neben den mechanischen Verfahren lassen sich drei Grundtypen der Abfallverwertung unterscheiden:

1. Thermische Verfahren
2. Chemisch-Physikalische Verfahren
3. Biologische Verfahren

Diese Verfahren stellen das gegenwärtige Instrumentarium der Industriegesellschaften dar, um Abfall zu verwerten.

Die Müllabfuhrgebühren steigen wie die Mieten.

Durch Wiederverwertung von Altmaterialien können die Vorräte mancher Rohstoffe gestreckt werden, außerdem entstehen zum Teil ökonomische und ökologische Vorteile.

Eine umweltgerechte Abfallbeseitigung setzt voraus, daß gewährleistet ist, daß umweltunverträgliche Abfälle wie alte Batterien, alte Arzneimittel, Unkrautvernichtungsmittel usw. gesondert eingesammelt werden. Daß Zeitungen, Zeitschriften und andere Stoffe, die dem Produktionskreislauf wieder zugeführt werden können, nicht von der allgemeinen Abfallbeseitigung erfaßt werden. Industriebetriebe mit schädlichem Abfall müssen gesondert entsorgt werden. Mülldeponien müssen baulich so gestaltet werden, daß eine unmittelbare Umweltbelastung sprich Grundwasserverseuchung, Luftverschmutzung, Geruchsbelästigung und Beeinträchtigung naturschutzwürdiger Gebiete vermieden wird.

Ein weiteres umweltpolitisches Ziel muß es sein, den Betreiber einer Müllentsorgung zu veranlassen, durch Öffentlichkeitsarbeit auf die Bevölkerung und beispielsweise auf die Verpackungsindustrie einzuwirken, um eine Verminderung des Abfallausstoßes zu erreichen.

Jeder kann seinen Beitrag leisten, nutzen wir die wenigen bereits jetzt vorhandenen Möglichkeiten zum getrennten Einsammeln von Glas und Papier. pl

- Quelle: öko-Institut Freiburg/Br.

# DEMOKRATIE ?!

Der hessische Ministerpräsident Holger Börner hat das Volksbegehren gegen die Startbahn West abgelehnt, das von 220 000 Bürgern unterschrieben wurde - der hessische Landtag billigte diese Entscheidung e i n s t i m m i g! Eine Allparteienkoalition gegen das Volk, gegen die betroffene Bevölkerung, die sich gegen dieses Wahnsinnsprojekt wehrt. Ein ungeheuerlicher Vorgang - als ob es keinen breiten Protest gäbe. Die eindrucksvolle Demonstration anlässlich der Unterschriftenabgabe in Wiesbaden, die größte in der Geschichte Hessens, ist hierfür nur ein Beispiel. Wir fühlen uns durch die Hessische Landesregierung und durch die Parteien des Landtages nicht repräsentiert, die uns das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit absprechen. Die etablierten Parteien setzen noch immer auf ungebrochenes Wachstum und verweigern sich dem notwendigen Umdenkungsprozess. Wir meinen, die Ausbeutung der Natur muß ein Ende haben, denn wir wissen längst wohin dies führt - in einen Fortschritt ins Nichts. Von unserem grünen Selbstverständnis aus beeinhaltet die Grundrechte unter anderem auch das Recht auf saubere Luft, reines Wasser, gesunde Nahrung und eine erträgliche Umwelt, in der auch unsere Nachkommen noch leben können. Wir haben die Zukunft von unseren Kindern und Enkeln nur geliehen. Mit massiver Polizeigewalt hat die Hessische Landesregierung noch vor der Abgabe der Unterschriften im Möchbruchwald Tatsachen geschaffen. Mit Tränengas, Wasserwerfern und Knüppeln auf wehrlose Demonstranten hat sie eine Situation provoziert, die fast an Bürgerkrieg grenzt. Die GLB hat deshalb den Rücktritt der Landesregierung und Neuwahlen gefordert. Wir werden uns weiterhin gewaltfrei - wie es unserem Selbstverständnis entspricht - gegen dieses ökologisch wie ökonomisch unsinnige und auch technisch umstrittene Projekt wehren. Wir erklären uns solidarisch mit Dr. Alexander Schubart, der stellvertretend für eine breite Bürgerbewegung kriminalisiert werden soll - ein ebenfalls einmaliger Vorgang, der unserem Demokratieverständnis widerspricht. kf

## KLUG GESAGT

### DIE POLIZEI SCHÜTZT DEN FORTSCHRITT DER NATURZERSTÖRER

Der Deutsche Wald ist in Gefahr, von radikalen Naturschützern vor seinem staatsgewollten Schicksal bewahrt zu werden

### NIKOLAUS '81

Von drauß' vom Walde komm ich her  
Bäume gibt's da keine mehr.  
Überall zwischen hölzernen Fetzen  
sah ich weiße Helme blitzen.  
Sah Polizisten in schwarz und in grün  
da draußen ist's gar nicht mehr schön.  
Sankt Nik'laus sagt: Wir müssen uns wehren.  
Baustopp jetzt! Und Volksbegehren!

fe

## Das jüngste Gerücht

Papst Johannes Paul II hat nun endgültig zugesagt, am Bundesparteitag der SPD im März nächsten Jahres in München teilzunehmen.

Er will damit sein Versprechen wahr machen, immer dahin zu gehen, wo das Elend am größten ist.



## MINDERHEITEN

Startbahngegner

Atomkraftgegner

Mülldeponiegegner

Gegner des Rüstungswettlaufs

Gegner der Umweltzerstörung in allen Bereichen

Gegner der Vernichtung der Menschen durch den Menschen

Überall gibt es sogenannte Minderheiten, die gegen gigantische Projekte demonstrieren und kämpfen.

Sind aber diese sogenannten Minderheiten nicht inzwischen längst zu respektablen Mehrheiten geworden?

Und wenn nicht, müssen wir nicht alle laut danach fragen: was dürfen die Mehrheiten den Minderheiten überhaupt zumuten. Müssen diese wirklich aus wirtschaftlichen Gründen alles in Kauf nehmen wie zum Beispiel zerstörte und vergiftete Umwelt. Als Folge davon vergiftete Nahrung und verschmutztes Trinkwasser, und wiederum als Folge davon Krankheit und Tod.

Im Grundgesetz ist das Recht auf körperliche Unversehrtheit aller Menschen bestens geregelt und verankert, doch in der Praxis ist davon nicht viel wahrzunehmen, wenn, wie oben schon erwähnt, wirtschaftliche Interessen dahinterstehen.

Da hört man von den gewählten Volksvertretern, die in den meisten Fällen an der Umweltzerstörung kräftig mitverdienen, immer wieder, man dürfe sich dem wirtschaftlichen Wohl der Allgemeinheit nicht in den Weg stellen. Daß die sogenannten kleinen lautstarken Minderheiten, jedoch längst nicht die alleinigen Betroffenen sind, erkennen immer mehr Menschen. Alle sind betroffen, ganz gleich wo sie auch wohnen, denn noch ist nicht erkennbar, wo die Grenzen von den politisch Verantwortlichen gezogen werden in Sachen: "Recht auf körperliche Unversehrtheit".

**Gesundheit ist unser höchstes Gut.**

**Wir wollen leben!**

## FÜR SIE GELESEN:

### EIN VATER SPRICHT MIT SEINEM SOHN

Höre mein Sohn, ich rede leise mit Dir während Du daliegst und schläfst. Ich habe mich in Dein Zimmer geschlichen, denn plötzlich überkam mich ein Schauer der Reue. Schuldbewußt stehe ich nun an Deinem Bett, mein Sohn, ich war häßlich zu Dir. Ich habe Dich gescholten, weil Du nur mit einem nassen Handtuch über Dein Gesicht gefahren bist. Ich habe Dich zur Rede gestellt weil Du Deine Schuhe nicht gefunden hast. Ärgerlich habe ich Dich angefahren, weil Du Deine Spielsachen auf den Boden geworfen hast. Beim Frühstück hatte ich schon wieder etwas an Dir auszusetzen. Du hattest Deine Milch verschüttet, Deine Semmel zu hastig hinuntergeschlungen, die Ellenbogen auf den Tisch gestützt. Als ich mich dann auf den Weg zur Arbeit machte, habe ich Dir nicht sehr freundlich zugerufen „Halte Dich gerade, nimm die Schultern zurück“, Am späten Nachmittag fing diese Schulmeisterei wieder von vorn an. Du knietest auf dem Boden und in Deiner Hose war ein Loch. Ich ließ Dich deswegen vor mir her nach Hause marschieren. Du schämtest Dich sehr vor deinen Spielkameraden. Damit Du lernen würdest auf Deine Kleider besser achtzugeben, durftest Du an diesem Tag nicht mehr draußen spielen. Später war ich dann ärgerlich, weil Du mich beim Zeitunglesen störtest, doch Du wolltest mir nur gute Nacht sagen. Schüchtern standest Du vor mir, doch plötzlich ohne etwas zu sagen warfst Du mir Deine Arme um den Hals und küsstest mich. Dabei drücktest Du Deinen kleinen Körper fest an den meinen und ich spürte Deine große Liebe zu mir. Als Du dann zu Bett gegangen warst begann ich endlich über alles nachzudenken und es überkam mich eine große Angst.

Was hatte die Gewohnheit aus mir gemacht?

Die Gewohnheit einen Fehler zu entdecken, zu tadeln, zu nörgeln, statt liebevolles Verständnis aufzubringen für Deine Jugend. Ich maß Dich mit dem Maßstab meiner eigenen Jahre und verlangte zu viel von Dir - viel zuviel. Nun stehe ich an Deinem Bett mit einem Gefühl der Reue und ich verspreche Dir ab morgen ein richtiger Vati zu sein. Ich will mit Dir leiden und mich mit Dir freuen und mir auf die Zunge beißen, wenn ungeduldige Worte kommen. Ich will mir immer vorsagen, als wäre es ein Kehrreim! „Er ist ja nur ein kleiner Junge, ein lieber kleiner Junge!“

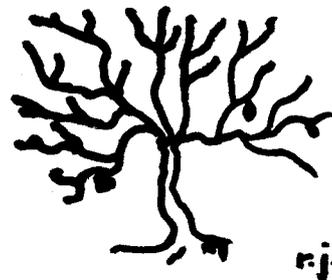
es

frei nach W. Livingstone-Larned



**BÜRGERTELEFON DER GLB:**

Rainer Jansohn, Büttelborn, Tel. 59900



## Streusalz

### macht die Umwelt kaputt

Die Anwendung von Streusalz führt zu einer erheblichen Belastung unserer Umwelt. So versickern z.B. etwa 10% der auf innerörtlichen Straßen aufgebrauchten Salzmenge mit dem Tauwasser in den Wurzelbereich der Bäume, der Rest geht in die Kanalisation. Auf Fußwegen aufgebrauchtes Salz geht zu nahezu 100% ins Erdreich.

Die Folgen sind jedem gut sichtbar. Durch Auftausalze geschädigte Bäume z.B. bilden kleinere Blätter, die am Rande braune Zonen aufweisen. Bei starken Salzschäden erfaßt die Braunfärbung schließlich das ganze Blatt und es stirbt häufig schon Anfang Juni ab. So können einzelne Kronenteile oder sogar der ganze Baum zugrunde gehen. Gerade im letzten Jahr konnten diese Erscheinungen vermehrt beobachtet werden.

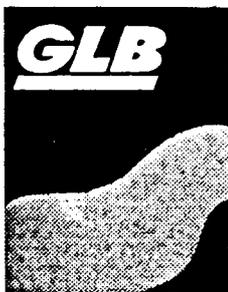
Es ist deshalb zu empfehlen, zumindest als anfängliche Abhilfe, auf Bürgersteigen und Fußwegen kein Streusalz als Taumittel mehr aufzubringen. Sand, Splitt oder feingekörnte Schlacke, wenn vorhanden auch Asche tun hier die gleichen Dienste. Die GLB wird demnächst in der Gemeindevertretung initiativ werden, mit dem Versuch über die Straßenreinigungssatzung ein generelles Verbot für Salz als Streumittel zu erwirken.

Sie sollten bereits jetzt schon auf Streusalz verzichten zum Wohle unser aller Umwelt.

ds



**WIEDERAUFFORSTUNG STATT  
WIEDERAUFBEREITUNG**



## IMPRESSUM

Herausgeber:

Unabhängige Wählerversammlung GRÜNE LISTE BÜTTELBORN

V.i.S.d.P.:

Rainer Jansohn, Büttelborn 1

Mitarbeiter:

Frieder Engel, Karin Fischer, Hans-R. Haybach, Rainer Jansohn, Peter Leinberger, Adalbert Pongs, Erna Scherber, Dieter Schulmeyer

Redaktionsanschrift:

Hans-R. Haybach, Isarstr. 1, 6087 Büttelborn 3, Telefon 7367